MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe März 2024

Bundespolitik zu Gast in Erlangen: Kevin Kühnert im Jahr 2023
Foto: Privat

GEMEINSAM FÜR EINE SOZIALE UND GERECHTE POLITIK

VON SANDRA RADUE

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Vorfeld unserer Jahreshauptversammlung blicken auch wir in der SPD Erlangen auf ein herausforderndes Jahr zurück. Unter dem Eindruck von immer neuen Krisen wie der Klimakrise aber auch dem Krieg in der Ukraine, dem Terrorangriff der Hamas in Israel und dem Krieg im Gaza-Streifen verspüren viele Menschen Verunsicherung und Angst. Ein Erstarken der AfD und ein immer unverfroreneres Auftreten von Rechtsextremisten, die über die „Remigration“ faseln und unsere offene und demokratische Gesellschaft abschaffen wollen, erschreckt. Viele und hat zuletzt dazu geführt, dass Demonstrationen gegen Rechts großen Zuspruch erfahren haben. Aber der Ton der demokratischen Auseinandersetzung ist rauer geworden.

Wenn wir auf die Rahmenbedingungen blicken, unter denen wir in Erlangen Politik gestalten, müssen wir feststellen, dass die von Olaf Scholz geführte Bundesregierung von vielen als inkompetent und zerstritten wahrgenommen wird. Und dies, obwohl viele Projekte aus dem Wahlprogramm und dem folgenden Koalitionsvertrag durchaus erfolgreich umgesetzt werden konnten. Besonders Maßnahmen gegen den Klimawandel, der Ausbau regenerativer Energien und erste Schritte hin zur Verkehrswende werden von der Opposition torpediert und sehr aggressiv bekämpft. Das neueste Beispiel für diese Blockade-Haltung sehen wir gerade beim „Wachstum-Chancen-Paket“, das im Bunderrat vor allem durch CDU und CSU abgelehnt wird, obwohl es doch dazu dienen soll, die Wirtschaft in Zeiten von Inflation und drohender Rezession zu entlasten. Gerade in Zeiten, in denen die Bürger*innen verunsichert in die Zukunft blicken, würde es verantwortungsvollen Politiker*innen gut anstehen, die Sachauseinandersetzung zu suchen und nicht mit Polemik und Stammtischparolen den rechten Brandstiftern den Rang abzulaufen – selbst wenn man in der Opposition ist.

Sandra Radue, Stadträtin und Vorständin der Erlanger SPD

>> Seite 3

TERMINE

05.03. 19:00	Distrikt West: Veranstaltung mit Florian Janik	Gasthof Güthlein, Dorfstraße 14	S. 21
06.03. 19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktsitzung	Gasthaus „Zum Schloss“, Schlossgasse 7	S. 23
06.03. 20:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktsitzung	Konrad-Haußner-Str. 20	S. 24
09.03. 11:00	SPD-Frauenempfang mit Katarina Barley	E-Werk – Clubbühne	S. 28
12.03. 19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 25
13.03. 15:00	AG 60+	Thalermühle	S. 27
14.03. 20:00	Jahreshauptversammlung	Turnerbund, Spardorfer Str. 79	S. 17
19.03. 19:00	Distrikt Ost: Distriktsitzung	Pizzeria Romano, Schronfeld 74	S. 25
20.03. 20:00	Distrikt Süd: Distriktsitzung	Biergarten Röthelheim, Am Röthelheim 40c	S. 25
22.03. 20:30	Vortrag von Frank Lothar Krawolitzki	TDS-Vereinsräume, Michael-Vogel-Straße 1d	S. 13
24.03.	Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 4
26.03. 19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 25

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Fynn Geifes
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Mo	08:00 - 11:30 Uhr
Di	08:00 - 11:30 Uhr
Mi	geschlossen
Do	17:00 - 19:00 Uhr
Fr	geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter

Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225
Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Bürozeiten

Mo	09:00 - 13:00 Uhr
Di	09:00 - 13:00 Uhr
Mi	geschlossen
Do	09:00 - 13:00 Uhr
Fr	geschlossen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler
(cs, presserechtlicher Verantwortlicher, Anschrift wie oben),
Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Helmut Aichele, Munib Agha, Stefan Barth, Gerhard Carl, Philipp Dees, Monika Fath-Kelling, Katrin Hurle, Lisa Kaufmann, Felix Klingert, Sandra Radue, Andreas Richter, Rolf Schowalter, Harry Schreyer, Christian Stiegler, Zafer Titiz, Felizitas Traub-Eichhorn, Sophia Waldmann

Druck:
Onlineprinters GmbH, Fürth

Auflage:
500 Stück

Leider hat dies im Landtagswahlkampf, den wir auch in Erlangen auf verlorenem Posten gekämpft haben, verfangen. Söder und Aiwanger wurden nicht müde, einerseits die Bundesregierung als „schlechteste Regierung aller Zeiten“ zu geißeln, anderseits sich selbst als alleinige Wahrer des „Guten und Schönen“ hinzustellen. Die Bayern SPD konnte dem wenig entgegensetzen, eine Aufarbeitung der Fehler und verpassten Chancen dieses Wahlkampfes ist im Gang und wir erwarten die Schlussfolgerungen daraus gespannt.

So erscheint auf den ersten Blick die kommunale Ebene als erfreulicher Kontrast, da hier die Zusammenarbeit mit der CSU in der Regel konstruktiv und zum Wohl der Stadt verläuft. Im kommenden StUB-Entscheid wird nun deutlich, was wir als SPD als einzige Kraft in Erlangen im Blick haben: Unsere Stadt für kommende Herausforderungen zukunftsfähig aufzustellen, indem wir unseren Wirtschaftsstandort stärken, für leistungsfähigen und ökologische Mobilität sorgen und dabei den Zusammenhalt und den sozialen Frieden in der Stadt im Blick haben. Folgende Projekte sind daher unsere Herzensanliegen: Der kostenlose Innenstadtbereich für Busse, neue Buslinien, das 19-Euro-Deutschland-Ticker für Erlangen-Pass-Inhaber*innen und die Ausweitung zum Erlangen Pass+. Wir

Plakatständer für den Wahlkampf
Foto: privat

Gute Laune bei Bürgerbrunch
Foto: privat

zeigen klare Kante gegen Rechts, investieren in Bildung und Kinderbetreuung und bringen ein queeres Jugendzentrum auf den Weg. Unser Oberbürgermeister und unsere SPD Stadtratsfraktion arbeiten unermüdlich an diesen Projekten und dies haben wir auch im vergangenen Jahr mit unserer Halbzeitbilanz gezeigt.

Für die Zukunft stehen wir vor großen Herausforderungen: Der kommenden StUB-Entscheid muss die ökologische Verkehrswende voranbringen und den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort zu stärken. Dies ist kein Selbstläufer und erfordert finanzielle und personelle Ressourcen. Wir machen uns bereit für die Kommunalwahl 2026, bei der wir wieder Florian Janik als Oberbürgermeister und die SPD als starke Fraktion ins Rathaus bringen wollen. Dafür wollen wir die Planungen noch in diesem Jahr starten und auch den Programmprozess beginnen.

Zudem sind wir vor Ort angehalten, die Politik der Bundesebene näher an die Menschen zu bringen. So wie wir bereits im vergangenen Jahr mit Matthias Miersch, Carmen Wegge, Carolin Wagner, Kevin Kühnert und Rolf Mützenich Abgeordnete aus dem Bundestag zu verschiedenen Fachthemen („Heizungsgesetz“, §219 a, prekäre Beschäftigung an der Uni, Gewalt gegen Frauen, Demokratie stärken in der Krise) in Erlangen zu Besuch hatten, werden wir weiterhin Veranstaltungsformaten anbieten, in denen die mitunter komplexen Gesetzesvorhaben erklärt und diskutiert werden können. Und nachdem die CSU ihren direkt gewählten Bundestagsabgeordneten an die Wirtschaft „verloren“ hat, wird deutlich, dass Martina als Kümmerin vor Ort in Zukunft eine noch wichtigere Rolle einnehmen kann.
Zudem wird es für uns auch weiterhin ein Anliegen sein, mit den verschiedenen Initiativen der Stadtgesellschaft im Dialog zu sein und auch auf Veranstaltungen und Demos zu unterstützen. Dies ist im vergangenen Jahr besonders umfangreich gelungen (Teilnahme an der Sozialmeile, der Demo zu „Viel Lärm um Kidz“, bei „One Billion Rising, Demos für den Frieden, Demos gegen Rechts und Aktionen zum Equal Pay Day) – dies wollen wir im kommenden Jahr fortsetzen.

Wir machen deutlich, dass die SPD in Erlangen für eine fortschrittliche und soziale Politik steht. Dafür steht der Vorstand der SPD Erlangen ebenso wie die Fraktion im Rathaus. Unser Fraktionsvorsitzender Philipp Dees hat daher seine Haushaltsrede 2024 unter das Motto „Zukunft und Zusammenhalt“ gestellt. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir dieses Versprechen auch in Zukunft einlösen können.

Querer Infostand
Foto: privat

WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

04.03. Kurt Bruns
81 Jahre

04.03. Reinhilt Häusler
80 Jahre

05.03. Bernhard Stehle
73 Jahre

06.03. Wolfgang Mai
65 Jahre

07.03. Emmi Foldenauer
84 Jahre

09.03. Christoph Isepp
50 Jahre

10.03. Gerd Schmidt
65 Jahre

10.03. Klaus Lechner
74 Jahre

15.03. Munib Agha
35 Jahre

16.03. Anke Peters
81 Jahre

22.03. Rainer Böhm
77 Jahre

22.03. Wilhelm Böhm
73 Jahre

23.03. Uwe Nagel
81 Jahre

23.03. Wolfgang Eichhorn
72 Jahre

25.03. Anni Ramming
86 Jahre

25.03. Roland König
73 Jahre

26.03. Walter Lang
76 Jahre

26.03. Wolfgang Blum
84 Jahre

27.03. Evelyne Sauerbeck
73 Jahre

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten Monats-
spiegel April 2024

24. März 2024

HAPPY BIRTHDAY MUNIB

Lieber Muni,

kurz vor deiner Bioklippe wollen wir dir Danke sagen – für deine Solidarität und politische Haltung, sei es an Nachtinfoständen oder in wirtschaftspolitischen und feministischen Diskussionen, für deine Freundschaft und Unterstützung, für unzählige Abende im Cycles bei „süß und fruchtig“, Cabernet und Huppi, und später im Transfer, für Müllmanagement im Fraktionsbüro, lange Arbeitssessions und genau so lange Parteipartys, spannende Vorträge und das Vorantreiben von Digitalpolitik, deine klare Kante gegen Rechts, deine Präsenz auf Podien, natürlich die Erfindung von ESOtrans...
...und für so vieles mehr, dass wir eigentlich gar nicht wissen, wo wir anfangen und aufhören sollen.

Alles Gute zum Geburtstag von deinen Jusos!

WIE DIE STUB UND DER FEMINISMUS ZUSAMMENPASSEN: EIN MOBILITÄTSPOLITISCHER IMPULS ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

VON FELIZITAS TRAUB-EICHHORN UND LISA KAUFMANN

Frauen planen ihre Wege und wie sie diese zurücklegen nicht vorrangig unter dem Aspekt, ein bestimmtes Verkehrsmittel nutzen zu wollen (bspw. das Statussymbol PKW), sondern sie denken in Mobilitätsketten und pendeln gedanklich nicht nur zwischen Wohn- und Arbeitsort.

Vorwiegend Frauen leisten die in unserer Gesellschaft anfallende Sorgearbeit: die Versorgung und Pflege von Kindern und Angehörigen geht oft mit Einkäufen oder der Begleitung von Personen einher: durch diese Wegeketten mit oftmals kürzeren Strecken haben Frauen höhere Anforderungen an Barrierefreiheit und Infrastruktur. Ihr Alltag ist komplex und der Anspruch an Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit hoch. Die StUB ist auf eigenen Schienen zuverlässiger als der Busverkehr und bietet gerade auch den Menschen, um die sich derzeit vorrangig Frauen kümmern, verbesserte Selbstständigkeit: wenn also das Kind und seine Oma selbstständig mobil sein können, so verringert sich die Sorgelast. Wichtig dafür ist inklusiver Verkehr.

Inklusiver Verkehr ist stets auch fehlerfreundlicher Verkehr und wichtig für Menschen, die nicht, noch nicht oder nicht mehr schnell laufen können oder nicht gut sehen oder hören. Eine Straßenbahn ist in vielerlei Hinsicht fehlerfreundlich: durch ihre enge Taktung ist es nicht so schlimm, wenn man sie verpasst, und anhand der eindeutigen Strecke mit ihren Schienen ist auch für Kinder gut erkennbar, wo sie herkommt und wo sie hinfährt. Sie bewegt sich ruhiger als ein Bus und bremst sanfter. Der tiefe Einstieg ist für Rollatoren, Kinderwagen, Fahrräder oder auch Fahrradanhänger einfach und mit 70 Sitz- und 140 Stehplätzen bietet sie reichlich Raum. Die StUB ist inklusiv auch für das vom Regen überraschte Kind mit seinem Fahrrad oder Tretroller auf dem Heimweg von der Schule, die Rollstuhlfahrerin mit Hund oder die Rentnerin mit Einkaufstrolley.

Frauen verdienen leider noch immer deutlich weniger als Männer. Durch den schlechteren Zugang zu Geld und damit auch Zeit sind sie stärker auf günstigen und schnellen ÖPNV angewiesen. SPD-Projekte wie ÖPNV-Vergünstigungen für Erlangen Pass Inhaberinnen unterstützen hier bereits heute.

Nicht zuletzt haben Frauen eine andere Körpererfahrung als Männer, gerade in öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Nutzung des ÖPNV ist für Mädchen und Frauen jeden Alters oftmals mit Angst vor Übergriffen verbunden. Dies zeigt u.a. der für 2022 durchgeführte Bericht „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“. Da das Busnetz an die StUB angepasst wird (mit den Bussen als eng getaktete „Zubringer“), kann die StUB Umsteige- und Wartezeiten verkürzen. Die neuen Haltepunkte für Bus und Straßenbahn werden nach neuesten Standards gut einsehbar und hell ausgestattet. Frau kann sich im ÖPNV also sicher fühlen.

„ICH WÜNSCHT´ICH WÄR DIE STUB“: *FÜR DEN BRUCKER FASCHINGS-UMZUG HAT WIR PRO STUB EINEN TRAKTOR ALS STRAßENBAHN VERKLEIDET*

VON WIR PRO STUB

Farbenfroh tanzten die Straßenbahnfreunde von “WIR PRO StUB” am Faschingssonntag über den Brucker Faschingsumzug für die Verlängerung der Nürnberger Straßenbahn nach Erlangen und Herzogenaurach.

Ein Oldtimer-Traktor zog einen liebevoll als Straßenbahn verkleideten Anhänger mit der Aufschrift „Ich wünscht´ ich wär die StUB“. Die Fahrgäste auf dem Anhänger warfen großzügig Kamellen. Ein als Straßenbahn verkleidetes Lastenrad wurde von einer Samba-Trommelgruppe lautstark begleitet. Und durch die bunte Menschenmenge hindurch zog singend eine Polonaise mit dem Refrain: „Tschu tschu wah, alle Leute fahr‘n gerne Straßenbahn“.

Hans-Thomas Benz, Sprecher der Initiative ist begeistert von seiner Faschingsgruppe: „Unsere kreativen Kostüme mit Bezug zur StUB waren echt eine Schau: Anzeigetafeln, auf denen der 5-Minuten-Takt in der Rush-Hour zu erkennen war, ein Deutschland-Ticket, etliche Pylonen, ein Disco-Schaffner, zahlreiche Bauarbeitende, sowie ein grasgrün gekleidetes Rasengleis.“ Die Freunde der Stadt-Umland-Bahn setzen sich für die Verlängerung der Nürnberger Straßenbahn als wichtigen Baustein für die Zukunft Erlangens ein. Sie wollen Aufmerksamkeit erregen für den nahenden Ratsentscheid in Erlangen und informieren mit ihrer interaktiven Streckenkarte und Geschichten von echten Menschen, welche sich aus unterschiedlichen Gründen auf die StUB freuen unter **www.wir-pro-stub.de**.

Natürlich waren wir als Erlanger SPD und Unterstützer der StUB auch zahlreich beim Brucker Faschingsumzug vertreten.

Die Erlanger SPD war gut auf dem Faschingszug vertreten. Foto: privat

Kreative Kostüme mit StUB-Bezug. Foto: WIR PRO StUB

Kreative Kostüme mit StUB-Bezug. Foto: WIR PRO StUB

Ein Traktor als StUB. Foto: WIR PRO StUB

EIn Lastenrad als StUB. Foto: WIR PRO StUB

Auch eine Polonaise darf natürlich nicht fehlen. Foto: WIR PRO StUB

ERLANGEN STEHT AUF – OFFEN AUS TRADITION. GEMEINSAM FÜR GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT

Aktuell wirbt der Ausländer- und Integrationsbeirat gemeinsam mit Florian Janik für gesellschaftliche Vielfalt und setzt ein Zeichen gegen Rechtsextremismus. Als SPD-Fraktion unterstützen wir dies ausdrücklich.

Es gilt, Haltung zu zeigen: „Nie wieder ist jetzt! Die Verteidigung der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens ist uns ein wichtiges Anliegen“, so Janik. Als Bereicherung sieht er gesellschaftliche Vielfalt und wünscht sich ein respektvolles und friedliches Zusammenleben aller, frei von Diskriminierungen oder Zuschreibungen.

Oberbürgermeister und Ausländer- und Integrationsbeirat rufen gemeinsam dazu auf, auch im Familien- und Freundeskreis, in der Schule oder bei der Arbeit Haltung zu zeigen und sich gegen Diskriminierungen stark zu machen. Gemeinsam werben sie für gesellschaftliche Vielfalt. Alle Menschen sind aufgerufen, Haltung zu zeigen.

Der Fraktionsvorsitzende Philipp Dees betont: „Unsere Stadt lebt von der Vielfalt. Sie lebt von den vielen verschiedenen Festen, Begegnungsmöglichkeiten und Einflüssen. Menschen, die nach Erlangen kommen, bringen neue Impulse, Innovationen und Perspektiven mit. Ohne Migration, ohne Migrant*innen wäre unsere Stadt ärmer – kulturell wie materiell.“

Es sei an der Stelle nochmals auf die gemeinsame Erklärung „Salam-Schalom-Frieden“ für Frieden, Dialog und Vielfalt sowie gegen alle Formen des Antisemitismus und der Islamophobie hingewiesen. Mittlerweile haben auch weitere Institutionen und Organisationen diese unterzeichnet.

KOSTENLOS BUSFAHREN IN DER INNENSTADT

Seit 1.1. ist es nun soweit: Der Bus in der Innenstadt Erlangen ist kostenlos!

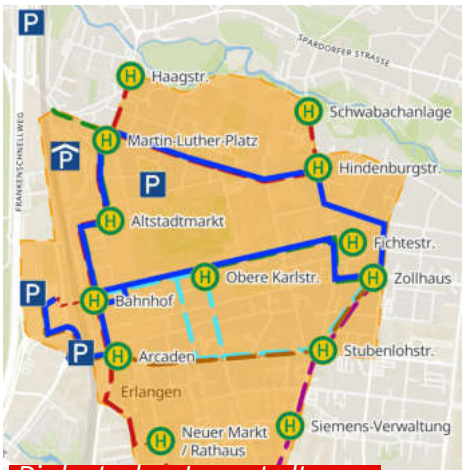
Gratis ist nicht nur die neue, größere City-Linie 299, die den Ersatz für die bisherige Klinik-Linie darstellt, sondern alle Linien in der Innenstadt. Und das nicht nur im Bereich der City-Linie, sondern in einer deutlich größeren Zone.

Dieser kostenlose Innenstadtbereich erstreckt sich vom Busbahnhof im Westen zum Zollhausplatz im Osten sowie von der Werner-von-Siemens-Straße im Süden zur Schwabachanlage im Norden. Erkennbar sind die Stationen im kostenlosen Bereich an der gelben Markierung beim Haltestellennamen. Die gelbe Farbe ist auch auf allen Fahrplan- und Tarifinformationen wiederzufinden.

Markierte Haltestelle der City-Linie. Foto: Stadt Erlangen

„Die neue City-Linie bietet eine direkte Verbindung vom Großparkplatz am Bahnhof zu den wichtigsten Punkten in der Innenstadt und zu den Universitätskliniken. Auch sonst sind am Rand des Innenstadtbereichs Parkhäuser, so dass diejenigen, die auf das Auto angewiesen sind, nicht mehr in die Innenstadt fahren müssen“, erläutert der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Andreas Richter.

Die Kliniken sind für Mitarbeiter*innen, Besucher*innen und auch Patient*innen wie schon mit der Kliniklinie sehr gut angebunden und das jetzt nicht nur zum Großparkplatz, sondern auch zu den weiteren Parkhäusern am Rand der Innenstadt.



Die kostenlose Innenstadtzone. Foto: Stadt Erlangen

Die Fahrgastzahlen zeigen jetzt schon, wie gut die Citylinie angenommen wird. Nachdem sich, seitdem die Kliniklinie kostenlos wurde, die Fahrgastzahlen entgegen mancher Eindrücke aus der Anfangszeit schon gut entwickelt hatten, gelang nun eine explosionsartige Entwicklung.

ERÖFFNUNG DES NEUEN EHRENAMTBÜROS

Das städtische „Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt“ ist jetzt so sichtbar und zugänglich wie nie zuvor: Im Oktober ist es mit fünf Mitarbeiterinnen aus dem 13. Geschoss des Rathauses mitten in die Altstadt übergesiedelt – in den früheren „Bunten Laden“ in der Hauptstraße 48. Schon bei der feierlichen Eröffnung Mitte Januar wurde deutlich: Der Umzug des Büros, für den sich vor allem die SPD-Fraktion stark gemacht hatte, ist ein voller Erfolg.

„Neugier lohnt sich“, „Willkommen“, „Komm rein!“: Die ermunternden Worte, die neuerdings in den großen Erdgeschossfenstern des nördlichen Eckhauses Hauptstraße/Glockenstraße zu lesen sind, fallen umso mehr ins Auge, als diese Fenster sieben Jahre lang leer gewesen wa-

ren. Ende 2016 hatte der legendäre „Bunte Laden“ dort dichtgemacht – für Leben sorgten seither nur gelegentliche kulturelle Zwischennutzungen durch die Stadt, etwa zum Comic-Salon oder Figurentheaterfestival. Nun ist es nachhaltig eingekehrt, das Leben: Bereits zwischen Oktober und Januar hatten über 100 Menschen in die neuen Räume hineingeschnuppert, wie Büroleiterin Karin Grüsser bei der Eröffnung freudig verkündete. Die meisten wollten sich über Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements kundig machen, viele waren aber auch einfach nur wissbegierig, was sich in dem Ladenlokal denn da neuerdings tut. Und auch dies zeigt ja eindeutig, dass die neue Adresse des Ehrenamtsbüros mit etwas glänzt, womit ein 13. Rathaus-Stockwerk beim besten Willen nicht glänzen kann: Niederschwelligkeit.

Clemens Heydenreich vor dem Ehrenamtsbüro. Foto: privat

Die ist auch nötig, denn das Ehrenamt – vor allem das vereinsmäßig organisierte – macht herausfordernde Zeiten durch, so Dr. Clemens Heydenreich als Ehrenamtssprecher der SPD-Fraktion: „Die Corona-Krise war und ist auch eine Krise vieler Vereine, die langjährige ältere Mitglieder verloren haben und sich schwer tun, neue zu gewinnen. Und auch vor Corona war schon der Trend spürbar, dass junge Menschen sich zwar mit viel Energie engagieren, die sie aber lieber in zielgerichtetes Handeln stecken als in eher spröden Funktionsarbeiten etwa als Schatzmeisterin oder Schriftführer.“ Auf der anderen Seite liege aber auch viel Hoffnung in der Luft: „Denn zurzeit gehen die geburtenstarken Jahrgänge in Rente, die sogenannten „Baby-Boomer“ – also jede Menge tatkräftige Menschen mit viel Zeit und Lust aufs Engagement.“

Florian Janik mit dem Team der Hauptstraße 48. Foto: privat

Die Idee, das Ehrenamtsbüro mitten dorthin zu verlegen, wo sich die Menschen tummeln, war – so naheliegend sie ist – durchaus kein Selbstläufer in den politischen Gremien, in denen sich die SPD-Fraktion mit OB Dr. Florian Janik für sie stark machte: Es gab auch Einwände dagegen, dass die Stadt für 15 Jahre ein Ladenlokal mieten wollte, dessen Fläche dann nicht mehr dem Einzelhandel dienen könne. Dass es letztlich doch geklappt hat, das freut Heydenreich – zugleich Betreuungsstadtrat für die Innenstadt – gleich doppelt: denn ebenfalls in die Hauptstraße 48 ist gleich auch noch das Quartiersmanagement für die nördliche Innenstadt gezogen, das zuvor am Martin-Luther-Platz wenig sichtbar gewesen war. „Jetzt können sich diese Einrichtungen, die beide für Möglichkeiten der Teilhabe am soziokulturellen Leben stehen, unterm selben Dach die Bälle zuspielen und sich den Menschen gegenseitig bekannt machen.“

Und noch weitere Synergien für eine lebendigere Altstadt im Zeichen des Engagements deuteten sich bei der Eröffnungsfeier an: Da sorgte die benachbarte „Teilerei“ fürs Buffett, und die Leute vom gegenüberliegenden „ZAM“ packten bei der Technik mit an.

GLÜCKWUNSCH ZU 50 JAHRE ERLANGER AUSLÄNDER- UND INTEGRATIONSBEIRAT

Der Erlanger Ausländer- und Integrationsbeirat, der vor 50 Jahren in der Amtszeit von OB Dietmar Hahlweg als zweiter in Bayern gegründet wurde, ist für die Interessenvertretung der Migrant*innen in unserer Stadt unverzichtbar. Wie Rami Boukhachem, Vorsitzender des AIB, betonte, gilt dies besonders, so lange das kommunale Wahlrecht dauerhaft hier lebenden Ausländer*innen verweigert wird. Eindringlich forderte er, die Benachteiligung von Migrant*innen im Bildungssystem abzubauen. Oberbürgermeister Florian Janik dankte dem Beirat für seine engagierte und konstruktive Arbeit und warnte vor einer Spaltung der Gesellschaft in „die“ und „wir“, wie sie von Rechtsextremisten betrieben wird: „Wir alle gehören zu dieser Stadt!“ Ebenso wie Boukhachem äußerte Janik sich empört über rechtsextreme Forderungen, Migrant*innen aus Deutschland zu vertreiben.
In einer ansprechenden Präsentation zu den zahlreichen Aktionen und Initiativen des AIB wurden auch die früheren Vorsitzenden des Beirats gewürdigt. Einer von ihnen, der heutige SPD-Stadtrat José Luis Ortega Lleras, betont: „Gerade in der heutigen Zeit, in der Rassismus und Rechtsextremismus offen gezeigt werden, ist das Bekenntnis zu Integration und der positiven Bedeutung von Migration, wie die Stadt Erlangen und ihr Oberbürgermeister es deutlich leisten, für alle Menschen in Erlangen wichtiger denn je.“

Impressionen von der Jubiläumsfeier. Foto: privat

Die SPD-Fraktion brachte ihre Wertschätzung für das Engagement des AIB durch die Teilnahme vieler ihrer Mitglieder an der Jubiläumsfeier zum Ausdruck. „Der Austausch mit dem AIB und den Migrantenorganisationen hat für uns einen hohen Stellenwert“, erklärt Barbara Pfister, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Diversity: „Im Interesse unserer offenen und toleranten Stadt werden wir auch weiterhin den AIB und die migrantischen Communitys in ihren Anliegen unterstützen, so wie wir es z.B. mit unserem Antrag für das aktuelle Programm ‚Vielfalt Indiens‘ getan haben.“

SPD-FRAKTIONEN ERLANGEN UND JENA IM AUSTAUSCH

In einem Online-Meeting haben sich die beiden Stadtratsfraktionen Erlangen und Jena über aktuelle Entwicklungen in den beiden Partnerstädten ausgetauscht.

Vor dem Hintergrund der wenige Tage zuvor veröffentlichten Deportationspläne der AfD war ein Thema der Kampf gegen Rechts. In beiden Städten hat die Entwicklung zu einer großen Mobilisierung der Zivilbevölkerung geführt. Einig waren sich die beiden Fraktionen darüber, dass der Kampf gegen Rechts und speziell die AfD nicht einfach durch ein Verbot

Stadtansicht von Jena. Foto: Jena Kultur

der AfD gewonnen werden könne, sondern eine stärkere Arbeit für Demokratie und Menschenrechte notwendig sei, um rechtsextremes Gedankengut zurückzudrängen. Daneben müsse sich gerade Kommunalpolitik noch intensiver um soziale Probleme und Konflikte kümmern.

Ein weiteres gemeinsames Thema war bezahlbares Wohnen. In beiden Städten gibt es eine hohe Nachfrage nach Wohnen, weil wirtschaftlicher Erfolg und erfolgreiche Universitäten zu Zuzügen führen. Gleichzeitig gibt es in beiden Städten wenig Möglichkeiten, neue Wohngebiete zu schaffen. Im Gespräch konnten aber gemeinsame Erkenntnisse und auch einige Ideen aus den Erfahrungen in beiden Städten zum Thema „Nachverdichtung“ und zur Wohnungssanierung gewonnen werden. Die beiden Fraktionen wollen auch zukünftig im Kontakt bleiben. Weitere gemeinsame Themen sind z.B. der Klimaschutz oder ökologische Mobilität, aber auch verschiedene sozialpolitische Fragen.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

DIE SPD IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG – EIN VERSUCH, ÜBER DIE ERFOLGE DER SPD IN DER BUNDESREGIERUNG ZU INFORMIEREN.

VON GERHARD CARL (QUELLE: SPD BERLIN, WILLY-BRANDT-HAUS)

Im Bundestagswahlkampf hat die SPD erfolgreich für mehr Respekt geworben. In der Ampel-Koalition hat die SPD vereinbart, mehr Fortschritt zu wagen. Ein Jahr später hat sich die Lage in Deutschland und der Welt massiv verändert. Das fordert uns heraus, ändert jedoch unsere Überzeugungen nicht.

Die SPD-geführte Bundesregierung hat ihre Versprechen aus dem Koalitionsvertrag inzwischen zu zwei Dritteln entweder umgesetzt oder angepackt. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Bertelsmann-Studie, die der Ampel-Koalition eine „insgesamt sehr positive und vielversprechende Halbzeitbilanz“ bescheinigt.

Ein Fachkräfteeinwanderungsrecht für eine moderne Einwanderungsgesellschaft kommt. Foto: colourbox

UNSERE ERFOLGE

Aus Respekt vor allen, die hart arbeiten: Wir haben den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht, kleine Einkommen entlastet und zahlen dauerhaft mehr Kindergeld, mehr Kinderzuschlag.

- 95 Milliarden Euro für Entlastungen. 200 Milliarden Euro für Strom- und Gaspreisbremsen.
- 300 Euro Energiepreispauschale auch für Rentnerinnen und Rentner sowie 200 Euro für Studierende und Fachschülerinnen und Fachschüler.
- Im Vorgriff auf die Wohngeldreform gibt es kurzfristig einen erneuten Heizkostenzuschuss.
- Einkommensteuer-Entlastung durch volle Absetzbarkeit der Rentenbeiträge und höhere Grundfreibeträge.
- Abgaben-Entlastung für kleine Einkommen durch die Ausweitung der Midijob-Zone (ab 01.01.2024 liegt ein Midijob vor, wenn Beschäftigte 538,01 bis maximal 2.000 Euro monatlich verdienen; ab 01.01.2025 beträgt die Midijob-Zone von 556,01 bis max. 2.000 Euro monatlich).
- Wo Gewerkschaften und Arbeitgeber Einmalzahlungen vereinbaren, sind diese bis 3.000 Euro steuer- und abgabenfrei.
- Wohngeldreform: Künftig haben zwei Millionen Haushalte Anspruch auf Wohngeld, in dem künftig auch Heizkosten berücksichtigt werden. Verbesserter Schutz für Mieterinnen und Mieter, die ihre Betriebskosten nicht sofort zahlen können und Vermeidung von Strom- und Gassperren.
- Das Bürgergeld ersetzt Hartz IV mit mehr Respekt, mehr Qualifikation und höheren Regelsätzen: ab 01.01.2024 Erhöhung von 502 Euro auf 563 Euro für Alleinstehende und entsprechende Erhöhungen für Partner, Kinder und Jugendliche.
- Das Kindergeld wurde ab 01.01.2023 auf 250 Euro monatlich angehoben, unabhängig von der Anzahl der Kinder.
- Die hohen Preise setzen auch Unternehmen und damit Arbeitsplätze und Versorgung unter Druck. Wir entlasten: Bessere Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen, die energieintensiv produzieren.

Viele Krisen halten uns nicht davon ab, die großen Themen anzupacken. Fortschritt ist die Grundlage dafür, dass es eine gute Zukunft auch nach den Krisen gibt.

- Fortschritt im Wandel: Neue Konzepte zu Digitalisierung, Bekämpfung des Klimawandels, Demografie und Zeitenwende sind auf den Weg gebracht und beginnen zu wirken.
- Kein Informationsverbot für Abtreibungen, Stärkung der Frauenrechte. Der §219a ist weg.
- Mit dem neuen Einwanderungsgesetz steuern wir die Zuwanderung klar und gewinnen gleichzeitig Fachkräfte für unser Land. Ein Fachkräfteeinwanderungsrecht für die moderne Einwanderungsgesellschaft kommt.

Mit großem Weitblick haben wir uns frühzeitig um die Frage der Energiesicherheit gekümmert. Vor allem die Unabhängigkeit von russischem Gas haben wir forciert, LNG-Terminals gebaut, Gasspeicher gefüllt und andere Gasquellen erschlossen.

Und wir haben den Ausbau der erneuerbaren Energien stärker als je zuvor vorangetrieben. Denn der Klimawandel hält sich nicht von alleine auf. Wenn wir unser Leben und Wirtschaften klimaneutral gestalten wollen, dann haben wir noch eine Menge zu tun.

ARBEITSKRÄFTE UND FACHARBEITER AUS EIGENEM LAND

VON STEFAN BARTH

Heute beklagen die Arbeitgeber einen Mangel an Arbeitskräften und Fachkräften und allgemein zu viel Bürokratie. Ein Windkraftwerk z. B. braucht drei Jahre von der Antragstellung bis zur Fertigstellung. Einige Firmen beabsichtigen deshalb ihre Produktion ins Ausland verlagern. Die Bundesregierung muss deshalb die bürokratischen Hindernisse abbauen, wodurch man auch weniger Personal in den Büros brauchen wird. Die Anzahl der Krankenkassen hat sich im Laufe der Jahre ständig reduziert. Waren es 1970 noch 1815 Krankenkassen, hatte sich 1990 die Anzahl bereits auf 1147 reduziert. Im Jahr 2000 waren es noch 420. Heute gibt es nur noch 96 Kassen (Stand: 06.07.2023). Das sind immer noch viel zu viel Kassen d.h. viel zu viel Verwaltungen.

Heute hat jedes der 16 Bundesländer sein eigenes Kultusministerium mit einer umfangreichen Behörde. Die Minister:innen, die für Kultur, Bildung und Wissenschaft, also auch für die Schulen, verantwortlich sind, nennt man Kultusminister:innen. Das Wort ‚Kultus' stand ursprünglich für alle Angelegenheiten, die etwas mit der Kirche zu tun hatten. Denn dafür waren die Kultusminister:innen früher vor allem zuständig. Heute verwalten sich die Kirchen selbst, und die Kultusminister:innen kümmern sich um alles, was mit Bildung und Schule zu tun hat. Eine Absprache zwischen den Bundesländern findet in den Kultusministerkonferenzen statt. Bei der letzten Kultusministerkonferenz am 16. März wurde eine neue Oberstufen- Vereinbarung mit neuen Regeln für das Abitur beschlossen. Sie sollen spätestens im Abitur ab 2030 gelten. Weiter hat sich das Gremium auf ein Finanzierungskonzept beim Startchancen-Programm verständigt.

Wenn man sich den Verwaltungsapparat mit 16 Kultusbehörden vorstellt, die die gleiche Arbeit verrichten, müsste man sich doch überlegen, ob das nicht auch eine Bundesbehörde machen könnte. Von den Mitarbeitern fordert man viel Flexibilität und Mobilität. Ein Umzug in ein anderes Bundesland bedeutet für schulpflichtige Kinder oft eine große Umstellung, weil der Lehrstoff in der Regel ein anderer ist. Eine Vereinheitlichung des Lehrstoffes würde auch den Kindern helfen, die in ein anderes Bundesland umziehen müssen. Das wäre z. B. ein Weg mehr Arbeitskräfte und Facharbeiter aus eigenem Land zu bekommen, und nicht die Facharbeiter anderen Staatsländern abzuwerben bzw. wegzunehmen.

ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG DER RENTE

Heute geht man mit 67 in Rente, wenn man keine Kürzungen hinnehmen möchte. Die Forderung länger zu arbeiten scheitert in manchen Berufen daran, dass die Menschen gesundheitlich nicht schaffen länger zu arbeiten. Dazu gehören Dachdecker, Pflegekräfte, Lagerarbeiter, Paketboten, Kassen- und Kitapersonal, also die Berufsgruppen, die ohnehin wenig verdienen. Dann muss man die Ursachen suchen, warum die Rentenbeträge sinken.

Das deutsche Rentensystem steht vor großen Herausforderungen, weil es immer weniger Einzahler und mehr Rentenbezieher gibt. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes waren 1950 zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland 65 Jahre und älter, 2021 lag der Anteil bei 22 Prozent. 1950 wurden gut 1,1 Millionen Kinder geboren, 2022 aber nur rund 739.000. Die Rentenbezugsdauer hat sich in den letzten 60 Jahren annähernd verdoppelt, weil Rentner länger leben. Während in den 1950er Jahren sechs Menschen im Erwerbsalter für einen Rentner aufkamen, sind es derzeit noch drei.
Ein Grund ist also, dass weniger Kinder geboren werden und es dadurch später weniger Rentenbeiträge entrichtet werden. Kinder kosten Geld und Zeit und Geduld, aber es macht auch viel Spaß zuzusehen, wie sie Aufwachsen. Manches Ehepaar fährt lieber 2x in den Urlaub, statt sich mit Kindern abzugeben.

Familien, die Kinder haben könnten, aber keine Kinder haben wollen, müssten eine geringere Rente, zugunsten der Rentenkasse, bekommen. Eltern mit Kindern müssten weiter die normale Rente erhalten, unabhängig von der Anzahl der Kinder.

Außerdem können wir den Beamtenapparat verkleinern. Die Wirtschaft klagt sowieso über zu viel Bürokratie und plant deshalb ins Ausland abzuwandern. Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen. Die Schweiz hat es vorgemacht und den Beamtenapparat stark reduziert. Das könnte uns als Vorbild dienen. Langfristig müssten die Beamten auch Rentenbeiträge zahlen. Unsere Nachbarländer machen es vor: Dort zahlen alle in die Rentenkasse ein.

ABGEORDNETE GEHÖREN IN DIE GESETZLICHE RENTENVERSICHERUNG

Die Bundestagsabgeordnete werden sehr ordentlich bezahlt. Das ist gerechtfertigt, denn eine 60 Stunden-Woche und mehr ist keine Seltenheit, Wochenendarbeit die Regel. Die Abgeordneten machen das aber freiwillig. Obwohl Abgeordnete nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, ist die Altersversorgung von Abgeordneten üppig, wie der Bund der Steuerzahler ausgerechnet hat: Schon nach einem Jahr im Bundestag haben Abgeordnete Anspruch auf 233 Euro Pension pro Monat. Die Abgeordneten sollten solidarisch sein und sich den gleichen Regeln unterwerfen, die für abhängig Beschäftigte und künftig auch für Freiberufler, Selbstständige und eben auch Politiker gelten soll. Es ist schwer vermittelbar, warum sich einige Berufsgruppen von der gesetzlichen Rentenversicherung entziehen können. Unsere Nachbarstaaten machen es vor.

ABGEORDNETE GEHÖREN IN DIE GESETZLICHE RENTENVERSICHERUNG

VON STEFAN BARTH

Die Bundestagsabgeordnete werden sehr ordentlich bezahlt. Das ist gerechtfertigt, denn eine 60 Stunden-Woche und mehr ist keine Seltenheit, Wochenendarbeit die Regel. Die Abgeordneten machen das aber freiwillig. Obwohl Abgeordnete nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, ist die Altersversorgung von Abgeordneten üppig, wie der Bund der Steuerzahler ausgerechnet hat: Schon nach einem Jahr im Bundestag haben Abgeordnete Anspruch auf 233 Euro Pension pro Monat. Die Abgeordneten sollten solidarisch sein und sich den gleichen Regeln unterwerfen, die für abhängig Beschäftigte und künftig auch für Freiberufler, Selbstständige und eben auch Politiker gelten soll. Es ist schwer vermittelbar, warum sich einige Berufsgruppen von der gesetzlichen Rentenversicherung entziehen können. Unsere Nachbarstaaten machen es vor.

EINLADUNG ZUM VORTRAG VON FRANK LOTHAR KRAWOLITZKI

Liebe Freunde und Interessierte,

wir freuen uns, euch zu einem besonderen Vortrag von Frank Lothar Krawolitzki einzuladen. Frank Lothar Krawolitzki, geboren 1933 in Rastenburg (heute Ketrzyn, Polen), ist ein erfahrener Entwicklungshelfer und überzeugter Pazifist. Seine jahrzehntelange Arbeit in Afrika hat ihn geprägt und viele wertvolle Erfahrungen gesammelt.

Datum: 22. März 2024
Uhrzeit: 20:30 Uhr
Ort: TDS-Vereinsräume in der Michael-Vogel-Straße 1d, 1. Stock

Bei unserem bevorstehenden Treffen wird Frank uns einen einzigartigen Einblick in seine Kindheitserinnerungen von 1945 geben und dabei seine Erziehung sowie seine Erfahrungen in der Hitlerjugend thematisieren.

Er wird über seine Flucht aus Ostpreußen sprechen, die neun Wochen dauerte, und die langfristigen Auswirkungen dieser Ereignisse auf sein Leben beleuchten. Seitdem hat er sich leidenschaftlich in der Flüchtlingsarbeit engagiert.

Diese Veranstaltung bietet eine seltene Gelegenheit, mit einem der wenigen Zeitzeugen dieser Epoche persönlich ins Gespräch zu kommen, Fragen zu stellen und aus seinen einzigartigen Erfahrungen zu lernen.

Wir freuen uns darauf, Frank Lothar Krawolitzki bei uns begrüßen zu dürfen.

Türkisch-Deutscher Solidaritätsverein (TDS)

DIE BEAMTEN-PENSION

VON STEFAN BARTH

Eine Pension, auch Ruhegehalt genannt, bekommen Beamte, Richter, Berufssoldaten, Pfarrer, Kirchenbeamte und andere Beschäftigte in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, wenn sie das Pensionsalter erreicht haben.

Wer vor 1947 geboren ist, darf noch mit 65 Jahren in den Ruhestand gehen. Für die Jahrgänge 1947 bis 1963 steigt die Regelaltersgrenze schrittweise. Ab dem Geburtsjahr 1964 gilt dann die Grenze von 67 Jahren. Auf Antrag können Beamte frühestens nach dem vollendeten 63. Lebensjahr in den Ruhestand gehen, müssen dann aber Abschläge hinnehmen.

Neben dem ausreichenden Alter müssen Sie außerdem eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

- Ihre Dienstzeit muss mindestens fünf Jahre betragen.
- Sie sind aufgrund eines Vorfalls während Ihres Dienstes dienstunfähig, etwa wegen eines Unfalls, für den Sie selbst keine grobe Schuld tragen.

Wurden Sie entlassen, erhalten Sie keine Pension, sondern werden in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert – allerdings zahlt der Dienstherr nur die Arbeitgeberhälfte in die Rentenkasse nach. Eine Ausnahme machen Bund und einige Länder allerdings, wenn man Sie auf eigenen Antrag entlassen hat; dann gibt es Altersgeld. Dabei müssen Pensionäre mit einem Abschlag von pauschal 15 Prozent rechnen.

Gut zu wissen: Grundlage der Altersversorgung von Beamten sind die in Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes verankerten Grundsätze des Berufsbeamtentums. Diese verpflichten den Dienstherrn unter anderem, Beamten und ihren Familien lebenslang einen angemessenen Lebensunterhalt zu zahlen. Seit der Föderalismusreform 2006 regelt der Bund nur noch die Versorgung seiner eigenen Beamten. Für die Länderbeamten sind Länder und Kommunen zuständig.

WAS UNTERSCHEIDET DIE BEAMTENPENSION VON DER RENTE?

Der auffälligste Unterschied zwischen Beamtenpension und gesetzlicher Rente ist die Höhe der Bezüge. So erhält beispielsweise ein verbeamteter Lehrer in Bayern (Besoldung A13), der bis zum Ruhestand noch 35 Jahre zu arbeiten hat, eine Pension von 3.138,62 Euro brutto, wohingegen ein angestellter Lehrer gleichen Alters (Tarifgruppe TV-L E13) 1.495,81 Euro gesetzliche Rente bekommt. Letzteres ebenfalls brutto, da diese bei Rentenbeginn voll besteuert wird.

Trotzdem: Ein direkter Vergleich der beiden Größen erscheint schwierig. So ist etwa ein Grund, warum die Pension im Schnitt deutlich höher ausfällt: Sie deckt gleich zwei der drei Säulen der deutschen Alterssicherung ab.

Während die gesetzliche Rente nur die Regelsicherung umfasst (erste Säule), deckt die Beamtenversorgung außerdem noch die Zusatzsicherung ab (zweite Säule). Denn eine betriebliche oder sonstige Zusatzversorgung, wie es sie bei Arbeitnehmern gibt, existiert für Beamte nicht.

Diese Behauptung erklärt aber nicht den großen Unterschied zwischen Rente (48 %) und Pension (71%). Allerdings hat auch längst nicht jeder klassische Angestellte die Möglichkeit, eine betriebliche Altersvorsorge zu nutzen. Und wenn doch, lohnt diese sich nicht immer. Für die dritte Säule, die private Vorsorge, sind sowohl Arbeitnehmer als auch Beamte selbst verantwortlich.

DURCHSCHNITTSRENTE AUTOMATISCH GEDECKELT

Die gesetzliche Rente fällt auch deshalb im Schnitt geringer aus, weil in die Statistik viele „kleine Renten“ einlaufen, die zum Beispiel entstehen, weil Versicherte als Mini-Jobber tätig waren oder wegen des Wechsels in ein anderes Versorgungssystem nur wenige Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben.

Die Pensionen entstehen hingegen, weil die Beschäftigten ihr gesamtes Erwerbsleben Beamte waren – oder zumindest den überwiegenden Teil davon. Zudem ergibt sich die Höhe der Pensionen – anders als bei der gesetzlichen Rente – nur aus den Bruttogehältern der letzten zwei Jahre vor dem Ruhestand, wo die Gehälter in der Regel am höchsten sind. Beiträge müssen Beamte dafür vorher nicht zahlen. Stattdessen ist die Höhe des Ruhegelds abhängig von den Dienstjahren.

Beamte erhalten als Pension maximal 71,75 Prozent ihres Bruttogehalts, das sie während der zwei Jahre vor dem Ruhestand bezogen haben. Der genaue Satz ist abhängig von der geleisteten Dienstzeit – pro Jahr erhöht er sich um rund 1,79 Prozent. Um den maximalen Satz zu bekommen, müssen sie 40 Jahre Dienstzeit erreichen.

Im Gegensatz zu vielen Rentnern leben Pensionäre vergleichsweise entspannt. Wir erklären, warum die Bezüge höher sind als bei der gesetzlichen Rente. Bei der gesetzlichen Rente gilt hingegen das sogenannte Äquivalenzprinzip. Das meint, dass Ihre Bezüge höher ausfallen, je mehr und länger sie Beiträge entrichtet haben – oder eben andersherum. Klassische Angestellte zahlen außerdem nur bis zu einer bestimmten Höhe ihres Einkommens überhaupt Beiträge in die Rentenversicherung. Welche Beitragsbemessungsgrenze

aktuell gilt, können Sie hier nachlesen. Diese deckelt also automatisch die Durchschnittsrenten. Tendenziell höhere Altersbezüge bestimmter leitender Angestellter wie etwa von Ärzten oder Rechtsanwälten werden zudem in der Regel ausgeklammert, weil sie ihre Rente über eigene Versorgungswerke beziehen.

PENSIONÄRE HABEN ZUSÄTZLICHE AUSGABEN

Beamte müssen von ihren Pensionen zudem eine private Kranken- und Pflegeversicherung abschließen, weil Krankheits- und Pflegekosten nur zu einem Teil vom Staat übernommen werden. Von den Bezügen geht also noch ein größerer Teil ab, der mit dem Alter in der Regel immer weiter steigt.

Alternativ können sie sich freiwillig gesetzlich versichern, wenn sie während der zweiten Hälfte ihres Berufslebens weniger als 90 Prozent in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren. Dabei richtet sich der Beitrag – wie für freiwillig Versicherte Erwerbstätige – nach ihrem monatlichen Gesamteinkommen.

- Privat versichert: Was hilft gegen steigende PKV-Beiträge im Alter?
- Im Alter oft teurer: Sind private Krankenversicherungen die bessere Wahl?

Ein weiterer Unterschied zwischen Pension und Rente war lange Zeit die Steuerpflicht. So mussten Pensionäre ihre Bezüge schon immer voll versteuern (mehr dazu unten), während das für gesetzliche Renten erst seit 2005 schrittweise gilt. Der Bundesfinanzhof prüft derzeit, ob diese Rentenbesteuerung überhaupt rechtens ist.

WIE HOCH IST DIE BEAMTENPENSION?

Beamte erhalten als Pension maximal 71,75 Prozent ihres Bruttogehalts, das sie während der zwei Jahre vor dem Ruhestand bezogen haben.

Durchschnittliche Bruttomonatsruhegehälter für Versorgungsempfänger ab 65 Jahren im Januar 2019:

	Männer	Frauen
unmittelbarer Bundesbereich		
Beamte und Richter	3.300 Euro	2.770 Euro
Berufssoldaten	3.280 Euro	3.590 Euro
sonstiger Bundesbereich		
Bundeseisenbahnvermögen	2.420 Euro	2.290 Euro
Postnachfolgeunternehmen	2.370 Euro	2.100 Euro
übrige Bundesbereiche	3.350 Euro	2.600 Euro
Länder/Kommunen/Sozialversicherung		
Landesbereich	3.490 Euro	2.910 Euro
kommunaler Bereich	3.340 Euro	2.740 Euro
Sozialversicherung	3.220 Euro	2.680 Euro

Abbildung 1: Durchschnittliche Bruttomonatsruhegehälter für Versorgungsempfänger ab 65 Jahren im Januar 2019; Quelle: eigene Darstellung

Der genaue Satz ist abhängig von der geleisteten Dienstzeit – pro Jahr erhöht er sich um rund 1,79 Prozent. Um den maximalen Satz zu bekommen, müssen sie 40 Jahre Dienstzeit erreichen. Laut Versorgungsbericht der Bundesregierung lag der durchschnittliche Ruhegehaltssatz zum Stichtag 1. Januar 2019 bei 66,4 Prozent.

In absoluten Zahlen bedeutet das: Bundesbeamte und Richter im unmittelbaren Bundesbereich erhielten im Schnitt eine Pension von 3.150 Euro, wobei Männer durchschnittlich 3.300 Euro bekamen, Frauen 2.770 Euro. Spitzenbeamte des Bundes kamen auf durchschnittlich 4.820 Euro.

Je nach Beschäftigungsbereich und Qualifikation weichen die Höhen der Ruhegehälter aber stark voneinander ab. So arbeiteten dem Alterssicherungsbericht 2020 der Bundesregierung zufolge bei den Ländern rund 90 Prozent der Ruhestandsbeamten im gehobenen und höheren Dienst, beim Bund 52 Prozent, bei den Gemeinden 79 Prozent, in den Postnachfolgeunternehmen hingegen nur 17 Prozent. Beim Bundeseisenbahnvermögen waren es 18 Prozent.

Die durchschnittliche überwiesene gesetzliche Rente liegt im Schnitt bei 982 Euro im Monat, wie aus einer Antwort des Sozialministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht. Allerdings gibt es verschiedene Gründe, warum ein Vergleich zwischen Pensionen und gesetzlichen Renten schwierig ist (siehe oben).

WIE WIRD DIE BEAMTENPENSION FINANZIERT?

Im Gegensatz zur beitragsfinanzierten gesetzlichen Rente werden Beamtenpensionen in der Regel aus den Haushalten des Bundes und der Länder bezahlt – also aus Steuermitteln. Seit 1999 baut der Bund eine Versorgungsrücklage auf, indem er 0,2 Prozent von jeder Erhöhung der Bezüge einbehält. Außerdem beteiligen sich das Bundeseisenbahnvermögen und die Postbeamtenversorgungskasse an den Rücklagen.

Die Rücklage soll ab 2032 zur Finanzierung eingesetzt werden und den Bundeshaushalt entlasten. Zusätzlich gibt es für Bundesbeamte, die nach dem 31. Dezember 2006 neu eingestellt wurden, den „Versorgungsfonds des Bundes“. Seit 2008 finanziert bereits der „Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit“ einen Teil der Ausgaben dieser Behörde.

Laut dem Siebten Versorgungsbericht der Bundesregierung hatte der Bund 2019 Versorgungsausgaben von rund 6,4 Milliarden Euro für

Beamte, Richter und Berufssoldaten im Ruhestand – inklusive der Hinterbliebenenversorgung.

WIE WIRD DIE BEAMTEN-PENSION VERSTEUERT?

Pensionen müssen Sie grundsätzlich in voller Höhe als Einkünfte aus nicht-selbstständiger Arbeit versteuern. Treten Sie in den Ruhestand ein, ändert sich steuerlich also nicht viel für Sie: Ihr ehemaliger Arbeitgeber behält weiter jeden Monat Lohnsteuer ein und in der Steuererklärung tragen Sie statt des Gehalts nun das Ruhegehalt in der Anlage N ein.

Ein Vorteil der Pension ist allerdings, dass das Ruhegehalt – anders als das normale Gehalt – zu den Versorgungsbezügen zählt. Das heißt, die Steuerlast sinkt ein wenig, weil Sie den Versorgungsfreibetrag und einen Zuschlag zu diesem Freibetrag geltend machen können. Der Steuerfreibetrag für Pensionen wird seit 2005 allerdings stetig verringert, sodass Sie ab 2040 gar keine Freibeträge mehr geltend machen können.

WIE SIND PENSIONÄRE KRANKENVERSICHERT?

Beamte sind nicht gesetzlich krankenversichert, sondern erhalten sogenannte Beihilfen. Damit werden notwendige und angemessene Krankheitskosten anteilig erstattet. Um die restlichen Kosten decken zu können, müssen Beamte selbst vorsorgen – indem sie eine private Kranken- und Pflegeversicherung abschließen.

Da die Beiträge dafür nicht vom Einkommen abhängen, sondern davon, wie hoch das Risiko einer Erkrankung ist, steigen die Kosten dafür mit dem Alter oft deutlich. Das mindert die Netto-Versorgungsbezüge.

HASS IST
KEINE MEINUNG.

SPD Soziale Politik für Dich.

NA?! DENK MAL NACH

VON HELMUT AICHELE

Rosa Luxemburg (1871 -1919) war eine einflussreiche Vertreterin der europäischen Arbeiterbewegung. Ursprünglich in der Sozialdemokratie bekämpfte sie in ihren Schriften Nationalismus, Opportunismus und Revisionismus. 1919 war sie Mitbegründerin der DKP der Weimarer Republik.

Ulrike Marie Meinhof (1934-1976) war in der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ engagiert, die ihrerseits wiederum1980 die Gruppe für den „Krefelder Appel“ bildete, einem der wichtigsten Appelle der aufkommenden Friedensbewegung der BRD im Zusammenhang mit dem damaligen „ NATO-Doppelbeschluss“.

Petra Karin Kelly (* 29. November 1947 als Petra Karin Lehmann in Günzburg; † vermutlich 1. Oktober 1992 in Bonn) war eine deutsche Politikerin (Die Grünen) und international bekannte Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin. Sie war Gründungsmitglied der Partei Die Grünen und von 1983 bis 1990 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. *(wikipedia)*
Das war der Anfang der Grünen als Friedenspartei.

Nach den 3 Anmerkungen zum Nachdenken, noch einen Satz für unseren Empfang zum Internationalen Frauentag am 9. März 2024 mit Katarina Barley.

Der Satz stammt aus einem Artikel von Helmut Kohl aus BILD, nach seinem Ausscheiden als Ministerpräsident 1998, als einer der letzten Politiker der noch den 2.Weltkrieg erlebt hat:
Wer sich gerade etwa jetzt in der Krise fragt, was die Einigung Europas eigentlich bringt, dem ist, trotz einer für Europa bisher einmaligen, über 65 Jahre währenden Friedensperiode und trotz mancher Probleme und Schwierigkeiten, die es noch zu lösen und bewältigen gilt, zu antworten: **Frieden**

Den Beitrag zu Frieden in Europa findet ihr in dem Buch von Tim Marshall „Die Macht der Geographie“ auf S.138

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich zur

Jahreshauptversammlung
am 14. März 2024, um 20 Uhr, beim Turnerbund,
Spardorfer Str. 79, 91054 Erlangen, ein.

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. 10 Jahre Florian Janik als OB – 10 Jahre SPD in der Stadtregierung
3. Vorstellung des Rechenschaftsberichts
4. Vorstellung des frauenpolitischen Berichts
5. Vorstellung des Kassenberichts
6. Aussprache
7. Anträge
8. Sonstiges

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme.

Munib Agha Sandra Radue

POLITIK IN DER ZWICKMÜHLE DER HÖHE DER ZEIT?

VON HARRY SCHREYER

Heinrich Böll hat Mitte der fünfziger Jahre eine wunderschöne Satire auf die Arbeitswelt in der aufbrechenden jungen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland geschrieben. „Es muss etwas geschehen“. Das war der Gruß des Geschäftsführers und Inhabers einer Firma, Herr Wunsiedel, auf den die Angestellten antworten mussten: „Es wird etwas geschehen“. Was geschehen musste war so unklar wie was die Firma überhaupt produzierte. Als dann tatsächlich etwas geschah war es der Tod von Herrn Wunsiedel.

Über meine frühere Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär der IG Metall kursiert die folgende Anekdote: Ein Gewerkschaftssekretär steigt in ein Taxi und antwortet auf die Frage, wohin es gehen soll: Fahren Sie mich irgendwohin, ich werde überall gebraucht. „Wir werden gebraucht“, das geht aus einer Pressemitteilung vom 04.11.2023 nach dem kleinen Parteitag der Bayern-SPD hervor. Florian von Brunn meint, sozialdemokratische Politik sei wichtiger denn je. Angesichts des fatalen Wahlergebnisses könnten Zweifel am Gebraucht-werden aufkommen, also legt die bayerische Spitzenkandidatin Maria Noichl für die Europawahl zwei Tage später nach: „Wir werden wirklich gebraucht“ und sie versucht auch gleich, das mit einem Vierzehnpunktepapier zur Europawahl zu belegen. Nach dem Bundesparteitag im Dezember folgt die Botschaft von Lars Klingbeil prompt: „Wir werden gebraucht“! (Vorwärts 6/2023 S. 9)

VOR DEM „WOZU“ FRAGE ICH NACH DEM „WER“...

Beinahe gnadenlos legt Philipp Dees im Monatsspiegel vom November 2023 den Finger in die Wunde: Es ist nicht gelungen Mitglieder für den Wahlkampf zu mobilisieren, also den Kreis der Unterstützer über die üblichen Verdächtigen hinaus zu erweitern. Seiner Schlussfolgerung (das ist nicht der Punkt, weil vorbei) will ich aber widersprechen. Das ist schon ein Punkt (unter anderen), denn dieser Wahlkampf ist wohl vorbei, aber die nächsten Wahlkämpfe stehen praktisch vor der Tür. Die Fraktion der SPD im Bezirkstag veröffentlichte in einer Pressemitteilung nach der Konstituierung: „wir haben einen engagierten Wahlkampf geführt, wir hatten Erfolge vorzuweisen, wir hatten ein gutes Programm“. Das Wörtlein „Erfolge“ habe ich dann mehrfach gelesen. Soweit ich weiß, hat die SPD einen Sitz im Bezirkstag verloren und somit frage ich: „wer ist wir?“ Die Wendung mit dem „engagiert“ geführten Wahlkampf passt genau auf Philipps Analyse: Sophia hat einen engagierten Wahlkampf geführt – die anderen ebenfalls und darauf muss und darf man auch stolz sein! Wäre das anders würden noch die Wenigen, die Ämter übernehmen und diejenigen, welche sie unterstützen, wegbleiben und dann würde in der Gesellschaft nichts mehr funktionieren.

Die Frage: wer ist wir in der SPD ist damit aber auch beantwortet: Es handelt sich um ein internes wir, das auf sich selbst oder auf die Gruppe reflektiert, also maximal die Ebene der Vorsitzenden, Vorstände und Mandatsträger oder Kandidaten umfasst. Wer von wir spricht, meint dann möglicherweise, ich werde gebraucht, oder eben wir, die wir uns zusammengefunden haben. Dabei gehe ich davon aus, dass dieses wir eine Vorstellung davon hat, was „sozialdemokratische Politik“ ist, die in Zeiten der Umbrüche gebraucht wird (so Philipp im Monatsspiegel November 2023 S. 11). Damit werde aber ich als amtsloses Mitglied dieser Partei weder mitgenommen noch mobilisiert.

... DAS „WIR“ FÜHRT DAS KOMMANDO

Kevin Kühnert, den ich sehr schätze, mailt „mir“ nach dem Bundesparteitag unter der Überschrift „wir machen Politik euretwegen“ ich solle jetzt mal die Rede von Olaf Scholz (auf dem Bundesparteitag) anhören und diese dann mit drei Leuten teilen. Ronja Endres mailt mir ebenfalls und verkündet ein dreifaches wir: das sich den Herausforderungen stellt und Verantwortung übernimmt, das den Mut hat, schwierige Entscheidungen zu treffen und das anpackt. Fast scheint es, dieses wir identifiziere sich jetzt mit der SPD (das finde ich auch bei Kevin Kühnert), aber schon packt es sie wieder: „Unsere SPD“ hat einen Plan vorgelegt und der wird mit dem dreifachen (wiederholten) wir ein Erfolg werden – nur damit wir (jetzt mal die Mitglieder) das nicht vergessen. Die Botschaft: wir ist unschlagbar und übrigens wisst ihr eigentlich was wir für Euch tun? „Wir machen Fortschritt für Dich“ – der Titel von Fraktion intern Nr. 3 aus 2023.

DAS PROBLEM IST DER AUFGEKLÄRTE MÜNDIGE BÜRGER

Eine andere Botschaft hat mich Mitte letzten Jahres voll getroffen: wir machen soziale Politik für Dich. Man hat mir gerade den Beitrag zur Pflegeversicherung erhöht, weil ich keine Kinder habe (übrigens habe ich auch keine Hunde). Auch wenn diese Entscheidung auf einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beruht, halte ich sie für falsch, für mich persönlich nicht für sozial und verteilungspolitisch kontraproduktiv, weil diese Art von Solidarität auf Umverteilung in der Klasse der Sozialversicherungspflichtigen setzt, Ungleichheiten vergrößert und Spannungen in der Gesellschaft

verschärft. Ich will das gar nicht weiter ausführen, aber darauf hinweisen, dass die platten Slogans in einer differenzierten Welt im Umbruch nicht mehr treffend sind.

Zugegeben: Es beleidigt meine aufgeklärte Intelligenz, wenn Menschen und seien es Menschen aus der Partei, der ich angehöre, mir sagen wollen, was „gut“ für mich ist. Denn das klingt in diesen Zeiten des Umbruchs schon ein wenig danach wie „räsoniere soviel Du willst aber gehorche“ (Kant: Was ist Aufklärung). Was aber, wenn der aufgeklärte Mensch nicht mehr gehorchen sondern gehört werden will?

DIE METHODEN DER BETEILIGUNG SCHEITERN AN DER ZEIT UND AN DER MASSE

Vielleicht sollen Online-Konferenzen aus der Sicht des wir in der Parteizentrale eine Lösung sein. Sind es aber nicht. Ich habe an zwei Konferenzen teilgenommen. Die erste war eine Einladung der beiden Vorsitzenden vor dem Bundesparteitag und man sollte Fragen an die Vorsitzenden einreichen. Es gab mehr als 800 Fragen und eine beschränkte Zeit von dreißig Minuten. Zudem haben die Vorsitzenden kurze Zeit vor der Konferenz verkündet, sie würden wieder für den Vorsitz in der SPD kandidieren, das Ganze also als eine Werbung für die eigene Positionierung verwendet. Das mag legitim sein, ist bei mir aber so angekommen, als wollten sie mich für ihr wir benutzen. Eine ähnliche Veranstaltung mit dem Verteidigungsminister Pistorius mit mehr als 1.000 Fragen war zwar für eine Stunde angesetzt, konnte oder sollte aber ebenfalls nicht für die wesentliche Frage, nämlich, die angekündigte Militarisierung der Gesellschaft, genutzt werden. Man kann halt nur ca. 15 oder 20 Fragen beantworten, die von einer Moderatorin ausgewählt werden (im Übrigen sind die Fragen und die Chats während der Veranstaltung nicht geeignet, herauszufinden, was nun sozialdemokratische Politik sein könnte).

Schon Maria Noichl hat in ihrer Pressemitteilung erwähnt, wir hätten keine Zeit, weil die Europawahl bevorstehe. Für mich die Botschaft: Diskutiert nicht, vertraut einfach auf das Wir. Katarina Barley hat zu einer Onlinekonferenz am 16.01.2023 eingeladen. Die Mitglieder sollen Fragen zum Wahlprogramm für die Europawahl stellen, das aber erst am 15.01.2023 vom Vorstand (wir) verabschiedet wurde. Ich gehe nun mal davon aus, dass die meisten potentiellen Fragesteller am 16.01.2023 arbeitstätig waren und keine Zeit hatten, das versprochene Programm zu lesen und dann qualifiziert Fragen zu stellen. Ich selbst bin nicht berufstätig und habe bis zum Beginn der Konferenz keinen Beschluss des Parteivorstandes zugesandt bekommen – obwohl das in den Fragen an Katarina versprochen worden war. Erhalten habe ich Schlagworte ohne Inhalte.

WAS IST ERFOLG ...

Ich stelle nochmal die Frage nach dem „Erfolg“. Wer sich im Wahlkampf abgemüht hat und dann erfolgreich z. B. in den Bezirkstag gelangt ist, kann schon der Meinung sein, das sei ein Erfolg gewesen, und: wir waren doch besser als der Durchschnitt in Bayern. Dennoch hat die SPD einen Sitz verloren. Die Bayern-SPD hat verloren und ist wieder kleiner im einstelligen Bereich gelandet und der Vorsitzende erklärt uns, die Bayern haben nicht soviel verloren wie die Hessen. Waren die Bayern also erfolgreicher als die Hessen? Übrigens lese ich heute (18.01.2023) im Bayerntrend, dass die Bayern-SPD nochmal um 1,4 Prozentpunkte auf 7 % absackt, irgendwo in Sachsen-Anhalt soll sie sogar bei unterirdischen 3 % stehen (EN 03.01.2023 S. 4 „Bangen vor dem Höhenflug“).

... UND WIE GEHT ODER WAS IST POLITIK – EINE ZWICKMÜHLE

Wenn Politik das berühmte Bohren dicker Bretter (Max Weber) sein soll, dann fürchte ich, wird in einer Zeit, die keine Zeit mehr hat (s. o.), jede Politik scheitern. Vielleicht ist die Entscheidung über die Einsparmöglichkeiten im Bundeshaushalt ein Beispiel dafür. Das Dreigestirn aus Scholz, Habeck, Linder (ein exklusives wir) glaubte aus der Haushaltskrise herauszukommen. Dabei haben sie alle Regeln kluger demokratischer Politik missachtet, nämlich die Vorbereitung und Einbindung der beteiligten Akteure. Die Reaktion der betroffenen Landwirte war heftig und nicht nur das Dreigestirn ist zurückgerudert, auch Martina Stamm-Fibich hat sich schnell der Sache der Bauern angenommen (EN 04.01.2024 S. 25 „Stamm-Fibich wendet sich gegen die Pläne der Ampel“), beide vielleicht zu schnell. Aber man kann auch zugestehen, dass die Drei schlicht keine Zeit hatten, politisch klug und korrekt vorzugehen.

Mich hat zusätzlich die KMV im Dezember 2023 nachdenklich gemacht. „Abgehoben“ sei und „keine Ahnung“ habe die Fraktion von Bündnis 90/die Grünen im Bundestag. So die Äußerung von Martina Stamm-Fibich auf meine Frage, warum die SPD (Fraktion) das derzeit gängige „Grünenbashing“ ohne Gegenrede zulässt. Assistiert hat aus dem Stadtrat Philipp Dees: Der Entwurf der Kindergrundsicherung mit den Belastungen der Kommune, die daraus erwachsen, seien ein typisches Beispiel dafür. In der gleichen Versammlung wäre beinahe ein in meinen Augen sinnvoller Antrag dreier Mitglieder zur Besteuerung von Einwegverpackungen abgelehnt worden. Er ging dann mit Änderungen durch. Die Begründung war, das sei nach einer Vereinbarung mit der CSU nicht durchzusetzen.

Was ich zu der Zeit nicht wusste, dass eine Bürgerversammlung der Innenstadt einen in der Zielrichtung gleichen Antrag an die Stadt gestellt hatte und trotz großer Bedenken aus der Verwaltung daran festhielt (EN 24.11.2023 S.27 „Umwelt und Verkehr im Fokus“). Die Zwickmühle der Politik: Da sind Menschen guten Willens, die in die richtige Richtung denken und sie werden dennoch aus verschiedenen Gründen (politische Konstellationen, evtl. vorhandene wissenschaftliche Erkenntnisse) „ausgebremst“. Bessere Erklärungen, wie häufig gefordert, wird daran nichts ändern.

Über den Tellerrand zu den Grünen in Bayern geschaut: Fast wortgleich wie die SPD haben diese das Wahlergebnis in Bayern für die Grünen bewertet. Man sei mit seinen Themen nicht durchgekommen, der Gegenwind war überraschend groß und sei in dieser Heftigkeit so nicht erwartet worden, und da war ja noch die Bundespolitik (schuld) (EN 03.01.2024 S.2 „Bloß noch Stadtpartei?“). So weit liegen also die Führungsriegen beider Parteien nicht auseinander. Auch die Grünen haben im Bayerntrend nochmal an Zustimmung verloren. Nach dpa (EN 06.11.2023) gilt die Bayern-SPD übrigens ebenfalls als „abgehoben“ und „verkopft“.

ZULETZT IN EIGENER SACHE

Was ist sozialdemokratische Politik? Ich habe noch keine Antwort erhalten – nicht aus dem Bundesparteitag, schon gar nicht in drei Sätzen … Ich will mit diesem Beitrag keinen Keil zwischen Amtsträger, Funktionäre und (Mitglieder) Basis treiben oder einen solchen künstlich herbeireden. Meine Intension war, nachzuforschen, wie sich Dinge ändern, so wie es von den Parteivorsitzenden nach der Wahl angekündigt war. Ich habe die Änderung nicht gesehen oder ich habe sie übersehen. Maßnahmen zur Mobilisierung von Mitgliedern für die kommenden Wahlkämpfe wurden auf keiner mir bekannten Ebene diskutiert. Das Projekt „Organising“ zur Mitgliedergewinnung wird daran nichts ändern. Ich sehe schon, dass Kevin Kühnert mich (nochmal) auffordern wird, jetzt drei Mitglieder für die SPD zu gewinnen. Aber er wird mir nicht sagen, mit welcher Politik ich das machen soll. Während des Schreibens ist mir die Idee mit er Zwickmühle der Politik gekommen. Das erklärt manches und schließt aus, dass die einen die „Guten“ und die anderen diejenigen sind, die es nicht können. Vielleicht kommt es aber schon darauf an, dass jede Seite des „Wir“, wir da unten und wir da oben – oder besser: wir Internen und wir, die wir außen vor sind, mal das Recht- und Rechtehaben weglassen und zu fragen beginnen. Z. B. was ist sozialdemokratische Politik in den Wirren der Umbrüche, die wir alle ja nicht einfach mehr loskriegen. Gerne in drei Sätzen.

Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag[1].

Jetzt neu – exklusiv nur bei Ihrer Sparkasse:
Die Sparkassen-Card DMC (Debit Mastercard)
Genießen Sie alle Funktionen der Sparkassen-Card kombiniert mit Online-Bezahlfunktion und weltweiter Bargeldauszahlung.

[1] Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 02/2022

sparkasse-erlangen.de/giro

AUFGESPIESST

VON MONIKA FATH-KELLING

DAS LETZTE:

...Nawalny wird Namensgeber für EU-Sanktionen. Das EU-Sanktionsinstrument zur Bestrafung von schweren Menschenrechtsverstößen soll nach dem gestorbenen russischen Oppositionsführer Alexej Nawalny benannt werden. Für Nawalnys Tod sei Kremlchef Putin „letztlich“ verantwortlich, erklärten die EU-Außenminister. Die Umbenennung werde ein Weg sein, das Andenken an den Kremlkritiker aufrechtzuerhalten. Das Sanktionsregime soll künftig „weltweite Nawalny-Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte“ heißen. Bisher trug es den Namen des russischen Wirtschaftsprüfers Magnitsky – genau wie der „Magnitsky Act“ in den USA, dem das EU-Regime nachempfunden wurde... (lostinEU)

DAS ALLERLETZTE:

Es unseren Politikern nicht einmal ansatzweise in den Sinn kommt, dass solch eine „Geste zum dauerhaften Gedenken“ an den „heldenhaften Kremlkritiker“, realiter auch ein menschenverachtender Rassist, ihnen bleischwer auf die Füße fällt, sobald Julian Assange seinen Haftbedingungen in Belmarsh oder, nach Auslieferung an die USA, dort in einem Staatsgefängnis „erliegt“. (Nawalny verweigerte es bis zuletzt, sich von Videos in seinem Blog zu distanzieren, in denen er z.B. tschtschenische Muslime als Kakerlaken verunglimpft und „bekämpft“)

(Quelle: https://www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/rassistisch-rechtsradikal-homophob-nawalny-die-dunklen-seiten-des-kremlkritikers-37373234/)

Und alles nur, um dem „Teufel aus Moskau“ Putin mit Schaum vorm Mund ein weiteres Mal vors Schienbein treten zu können.

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender
Rolf Schowalter
RolfSchowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktversammlung vom 14.02.2024 im Distrikt Tennenlohe

In unserer Sitzung mitten in den Faschingsferien mit leicht reduzierter Teilnehmer*innenzahl haben wir uns mit dem Thema Ratsentscheid zur StUB befasst und nach den Aktionsmöglichkeiten gefragt.

TOP 1: Argumente der StUB-Gegner
Da wir uns mit den Argumenten der StUB-Gegner auseinandersetzen müssen, wurden einige dieser Argumente erörtert:

1. Autonomes Fahren: in einigen Jahren wird autonomes Fahren sicherlich üblich sein, evtl. auch in Bedarf-Taxi-Form. Bis dahin ist allerdings noch ein weiter Weg und die Massen, die der ÖPNV transportiert, können nicht dadurch aufgefangen werden. Auch autonom fahrende Fahrzeuge benutzen zudem die Straßen mit allen Nachteilen. Die Straßenbahn wird, wie in manchen U-Bahnen bereits jetzt realisiert, sicherlich auch auf fahrerloses Fahren umgestellt werden. Aber bei Straßenbahnen ist es ungleich komplizierter als bei U-Bahnen.
2. Anbindung an den Flughafen: Die Idee einer Weiterführung der U-Bahn vom Flughafen über Land nach Erlangen wird eine Absage erteilt, die Stadt Nürnberg hat die Weichen schon anders gestellt durch Weiterführung der Linie 4 bis Wegfeld. Außerdem: dem Wunsch nach Anbindung Tennenlohes an den Flughafen wird mit der Neu-Konzeption der Buslinien Rechnung getragen, siehe dazu weiter unten unter TOP 2.
3. Flexibilität: auch ein Standard-Argument der Gegner: Busse seien flexibler einsetzbar. Das ist richtig. Aber sie können nicht die Kapazitäten bereitstellen, wie es eine Straßenbahn kann. Die Straßenbahn bietet außerdem besseren Fahrkomfort und ist schneller, da weitgehend auf eigenem Gleiskörper, und vorfahrtsberechtigt, wenn auf der Straße geführt. Außerdem soll die Straßenbahn nur die Hauptachse der Mobilität darstellen, darum herum wird das Bussystem völlig neu konzipiert. s.u.
4. Unterhalts- und Betriebskosten: da die Straßenbahn lediglich eine Verlängerung der Nürnberger Straßenbahn darstellt, können sämtliche Wartungskosten durch Nürnberg mit den dort vorhandenen Kapazitäten übernommen werden.
5. Betriebsdauer: eine Straßenbahn hat eine erheblich längere Betriebsdauer (ca. 40 Jahre) als ein Bussystem (20 Jahre), was sich wiederum in den Betriebskosten niederschlägt.

TOP 2: Vorteile für Tennenlohe durch das neue Bussystem
Die Vorteile des neu konzipierten Bussystems sind bisher noch nicht in die allgemeine Diskussion eingegangen. Für Tennenlohe selbst ergeben sich zwei gravierende Vorteile durch die Neukonzeption des Bussystems:

1. Die Linie 20, die durch Tennenlohe fährt und bisher am Wegfeld endete, wird weitergeführt über den Flughafen bis zum Nordostbahnhof, übernimmt also einen Teil der Linie 30, die nicht durch Tennenlohe gefahren ist. Damit ist Tennenlohe direkt an den Flughafen angebunden. Zur StUB-Haltestelle in Tennenlohe (von Böhmlach, Vogelherd, Haselhofstraße, Lachnerstraße etc) kommt man, wenn man nicht gut bei Fuß ist, mit der neuen Linie 284, die weitgehend die Linie 290 übernimmt, aber in Bruck anders fährt.
2. Und zwar fährt sie in Bruck den Brucker Bahnhof direkt an, d.h. Tennenlohe wird somit an einen S-Bahn-Halt direkt angebunden. Die 284 fährt dann weiter durch die Koldestraße zur Regnitzstadt und zu den Arcaden. Die Erreichbarkeit des S-Bahn-Halts Eltersdorf von Tennenlohe aus wird durch Ausbau des Rad- und Fußwegs erleichtert.

Weitere Veränderungen:

1. Will man zum Roncalli-Stift (bisher Linie 290), so kann man jetzt mit der StUB bis zur Haltestelle Freyesleben-Straße (=Hammerbacher Straße) fahren, ggf. mit der 284 nach

Bruck, dort einmal umsteigen.
2. Theater, Museum, Uni-Klinik. Waldkrankenhaus: bisher mit der Linie 290 direkt erreichbar: hier müsste man von der Tennenloher 284 in Bruck in die neue 290 oder von der StUB bei den Arcaden in die 290 umsteigen. Dies ist der einzige Nachteil.

TOP 3: Veränderungen in der Stadt
1. Weitere städtische Vorteile: durch die Nutzung der Wöhrmühlbrücke können viele Buslinien vom Westen (auch von Dechsendorf) schneller zum Bahnhof, dadurch wird die Goethe-Straße um ca. 40% des Busverkehrs entlastet. Alle Vororte (bis auf Eltersdorf) haben Vorteile durch das neue Bussystem. Damit müssten sich eigentlich die einzelnen Distrikte befassen anhand der Präsentation auf dem 13. Dialog-Forum vom 27.06.2023.
2. Die Henke-Straße wird vom Durchgangsverkehr entlastet, der Arcaden-Vorplatz Teil der Fußgängerzone und erhält neue Aufenthaltsqualität.
3. Der Hugenottenplatz ist kein Busknotenpunkt mehr und kann umgestaltet werden.
4. Es entsteht eine neue äußere Busringlinie 280: Martin-Luther-Platz, Alterlangen, Neumühle, Siemens-Campus-Mitte, Roncalli-Stift, Erlangen-Süd, Tech.Fak, Markus-Kirche, Sieglitzhof, Martin-Luther-Platz (Dialog-Forum vom 27.06.23, Arbeitsphase: damals noch unvollständig)

TOP 4: Aktionsmöglichkeiten
Ein Vertreter des Aktionsbündnisses „Wir-pro-StUB“ konnte anwesend sein: Marcus Bazant (Fraktionsvorsitzender der Grünen/Grüne Liste im Stadtrat). Mit ihm erörterten wir Aktions-Möglichkeiten:

- Leserbriefe. Mitglieder der Orts-/Stadtteilbeiräte müssen hier Umwege in Kauf nehmen und dürfen nicht unter eigenem Namen schreiben.
- Diskussionen im Bekannten- und Freundeskreis
- Hausbesuche.
- Info-Stände
- Verteil-Aktionen

Hausbesuche und Infostände können wir in Tennenlohe realisieren, Verteilaktionen und Plakatierung sowieso, Die nächste Ausgabe des Tennenloher Boten (April 2024) soll die StUB zum Hauptthema machen. In unserem Schaukasten sind einige Persönlichkeiten, die sich für die StUB_ ausgesprochen haben, mit ihren Statements zu finden, auch Joachim Herrmann!! In der Ortsbeiratssitzung am 14.03. wird die StUB ein Hauptthema sein.

In der Auseinandersetzung mit den Skeptikern u.a. sollte auf die überörtliche Bedeutung der StUB hingewiesen werden für die Entwicklung des städtischen Raums, die Förderung durch Bund und Land, die dem Großraum zugutekommt, und die Bedeutung für die Uni, für Siemens und die anderen Player.

Rolf Schowalter
(in Vertretung des Schriftführers und der stellvertretenden Schriftführerin)

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

am Mittwoch,
06.03.2023, 19.30 Uhr,
Gasthaus „Zum Schloss“,
Schlossgasse 7

Tagesordnung:
1. Berichte
2. Erweiterung der EU
3. Zur Europawahl (Europäisches Parlament)
4. Spielstraße Lannersberg
5. Ideen zur Konzeption des neuen Tennenloher Boten
6. Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Treffen im April:
10.04.24, Gasthaus „Zum Schloss“, 19.30 Uhr

DISTRIKT WEST

Vorsitzende

Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn
felizitas.traub-eichhorn@fen-net.de

Treffen des Distrikts West am 24.01.2024

„Vielfalt Indiens“ ist der Titel einer aktuellen Veranstaltungsreihe, in der sich unsere indischen Mitbürgerinnen und Mitbürger dieses Jahr vorstellen. Sie bilden mit circa 4000 Menschen die größte Gruppe unter den in Erlangen lebenden Ausländern. Viele von ihnen wohnen im Stadtwesten, so auch Asok und Rakhee Mukherjee. Beide leben schon sehr lange in Deutschland, haben mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft und engagieren sich ehrenamtlich. Asok kam schon 1982 nach Erlangen, wo er als Diplomingenieur für Elektrotechnik bei Siemens arbeitete. Seine vielfältigen Erfahrungen mit beiden Kulturen gibt er nun als interkultureller Trainer weiter. Während Asok über die momentane politische und auch wirtschaftliche Lage in Indien sprach, legte uns Rakhee ihre Sicht zur Situation der in Erlangen lebenden Inderinnen und Inder dar, die eine insgesamt sehr heterogene Gruppe darstellen.

Aktuelles Thema aus unserem Distrikt war der Busverkehr. So berichtete Lisa Rettelbach von der momentan guten Akzeptanz der neuen Buslinie über Kosbach, Steudach nach Frauenaurach. Dagegen wurde von einem Bürger Unmut über die geänderte Route der Linie 293 durch die Reuth geäußert.

Katrin Hurle

Liebe Genossinnen und Genossen,

im März findet im Westen keine reguläre Distriktsitzung statt. Dafür haben wir eine öffentliche **Veranstaltung mit unserem Oberbürgermeister Florian Janik** unter dem **Motto „Was gibt es neues im Stadtwesten?“**. Diese findet

Dienstag, den 05.03.2024, um 19 Uhr im Güthlein (Dorfstraße 14) statt.

Bei dieser Veranstaltung werden aktuelle Themen aus unserem Distrikt, insbesondere natürlich die Stadtumlandbahn, zur Sprache kommen. Wir freuen uns, wenn neben hoffentlich vielen Interessierten aus der Bevölkerung auch einige Genossinnen und Genossen vorbeischauen.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

DISTRIKT ELTERSDORF

Vorsitzende

Christian Maurer

Christian Stiegler
stiegler.christian@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere erste Distriktsitzung seit längerer Zeit findet statt

am Mittwoch, den 06.03., um 20:00 Uhr in der Konrad-Haussner-Str. 20, in Eltersdorf.

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist wiefolgt:

1. Allgemeines Kennenlernen
2. Neuwahl des Distrikt-Vorsitzenden
3. Wahlkampf: Europawahl und StUB-Ratsentscheid
4. Aktuelles aus dem Ortsbeirat
5. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen,
Christian

DISTRIKT OST

Vorsitzender

Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchten wir euch

am Dienstag, den 19.03., um 19 Uhr zu unserer Distriktsitzung in den Brückenpaulus (Pizzeria Romano, Schronfeld 74, Nebenraum) einladen!

In dieser und der nächsten Sitzung wird das Thema Europa im Mittelpunkt stehen. In der Märzsitzung wird uns Dieter von seiner Reise ins osteuropäische Modawien berichten. Ausgehend von dieser Einleitung möchten wir uns mit Bezug auf die Europa-Wahl mit ausgewählten Themen zur Osterweiterung, Kultur, Bildung und Jugend beschäftigen.

Wir freuen uns auf euer Kommen!

Bitte meldet euch bei Fragen oder anderweitigen Anliegen per Mail: felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Sandra, Simon und Felix

DISTRIKT SÜD

Vorsitzender

Dr. Andreas Richter
Telefon: 09131-501479
E-Mail: andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen

unsere nächste Distriktsitzung findet statt

am Mittwoch, den 20.03., um 20:00 Uhr im Biergarten Röthelheim, Am Röthelheim 40 c, in Erlangen.

1. Aktuelles aus dem Stadtteilbeirat
2. Aktuelles aus dem Stadtrat
3. Bürgerentscheid zur StUB
4. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen,
Andreas Richter
Vorsitzender

JUSOS

Vorsitzende

Sophia Waldmann
Chantal-Sophié Eidt
info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,

im März 2024 treffen wir uns

**am Dienstag, den 12.03. und am 26.03.
Beginn ist jeweils um 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus (Friedrich-List-Straße 5 in Erlangen, Eingang unten über den Parkplatz).**

Die Themen geben wir euch noch per E-Mail, auf Slack und Instagram bekannt.

Wir freuen uns auch euch!

Euer Vorstand

AG 60+

Vorsitzende
Monika Fath-Kelling
Telefon: 09131 897065
kellingmo@nefkom.net

Protokoll der Sitzung vom 14. Februar 2024, 15 - 17 Uhr in der Thalermühle

- Monika begrüßt die Anwesenden. Es folgt die allgemeine Runde mit Berichten der Anwesenden, was es Neues gibt, oder was bedrückt.

- **Aktuelles:**
  Wir sprechen über die neueste politische Entwicklung in Deutschland, dazu gehören insbesondere die Demonstrationen gegen Rechts der letzten Wochen. Monika bezeichnet sie ein wenig provozierend als „betreutes Demonstrieren“, was kontrovers diskutiert wurde. Jedoch der mediale Aufreger und Aufhänger, das „Privattreffen“ von AfD-Leuten, aber auch Mitgliedern von „Mitte“parteien (CDU) in einem Potsdamer Hotel, wirkte auf alle etwas „sehr bemüht“, wenn man die zur gleichen Zeit erhobenen Forderungen der „Mitte“parteien, (auch unserer Partei!) zum Thema Migration/Abschiebungen gegenüberstellt. Correktiv, das Medium, das den Stein ins Rollen brachte, ist ja gezwungenermaßen und so still als möglich, ein gutes Stück „zurückgerudert“ in seinen Vorwürfen....

- Weitere Themen waren der Ukraine-Krieg sowie der Krieg Israel-Palästina, der in Gaza tobt. Uns beschäftigte besonders die Frage warum die Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine 2022, 4 Wochen nach Beginn des Krieges, scheiterten, bzw. „gescheitert wurden2. Eine schlimme Fehlleistung des Westens, wenn USA und GB (Boris Johnson) tatsächlich auf den längerfristigen Einstieg in diesen Krieg gedrungen haben. („Bessere Verhandlungsposition erkämpfen“). Spätestens ab hier trüge der Westen eine Mitschuld an diesem Krieg, der, neben den Hunderttausenden Toten auf Seiten beider offiziell kriegführenden Parteien, besonders für Europa in jeder Beziehung sehr nachteilig und gefährlich ist. Was Gaza angeht, sind wir entsetzt über die völkerrechtswidrige? unverhältnismäßige? Brutalität der Konfliktführung Israels. Ist es noch legitime Selbstverteidigung was den Menschen derzeit in Gaza widerfährt, oder ein Auslöschen mit Ansage? Wir sind sehr besorgt und betroffen über die Vorgänge.

- Monika berichtet im Hinblick eigenständige Außenpolitik Deutschlands oder auch Europas und deren Aufnahme/ Einschätzung in den USA von einem Essay des Politologen und Publizisten Hermann Ploppa. Wie der damalige Bundeskanzler 1972 kurz von seinem Rücktritt während einer USA-Reise der Universität Harvard als Geschenk 150 Mio. DM (der deutschen Steuerzahler) vermachte, als Startkapital für einen Stiftungsfond – das sei „der Dank für den Marshall-Plan und die Starthilfe der US-Amerikaner nach dem 2. Weltkrieg“ – mit dem Namen „German Marshall Funds“. Erst belächelt, dann aber in seiner „soft power“ erkannt wurden z.B. bis heute unter anderem die durch den Zusammenbruch des Warschauer Pakts und der Sowjetunion entstandenen neuen Länder mit Geldern aus diesem Funds „anschubfinanziert“, und entsprechend passend erscheinende Führungspersönlichkeiten ausgebildet und stark gefördert. Alle Bundeskanzler, auch Kohl und seine Nachfolger, ließen größere Summen in den Fund einbringen. Besonders interessant ist die diskrete „Entfernung aus dem Amt“ bei Bundeskanzlern, die dann während ihrer Amtszeit zu „eigenständig“ Außenpolitik betrieben, die nicht konform

mit den Vorstellungen der USA läuft. Nach Brandts „Rücktritt“ wollten die USA das nicht mehr dem Zufall überlassen und man traf die europäischen Außenminister zu einer außerordentlichen Versammlung in Schloss Gymnich im Rheinland am 20. und 21. April 1974. Als Ergebnis der „Unterredung“ kam die so genannte „Gymnicher Formel“ heraus. Die EG-Außenminister: „... einigten sich ... darauf, dass künftig bei Themen, die von den USA als wichtig angesehen wurden, Konsultationen mit den USA unabwendbar sein würden.“ Was im Klartext die Verschriftlichung der Unterordnung unter das außenpolitische Kuratell der USA bedeutete. Monika schickt uns einen Link zur „Gymnicher Formel“.

- Wir wollen uns vornehmen, im Laufe des 1.Halbjahrs 2024 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Ist die Nato übermächtig“ zu veranstalten. Matin Baraki könnte Redner sein sowie/oder jemand vom Forum „Mehr Demokratie wagen“. Wir sondieren mit den anderen AG unseres Kreisverbands.

- Manfred erinnert an eine KMV in den 80gern, in der der damalige AK Frieden und Abrüstung des Antrags „Austritt aus der Nato“ stellte, Renate erinnert sich daran, diesen Antrag selbst auf der Schreibmaschine getippt zu haben. Manfred will versuchen, den Antrag zu finden. Er wurde damals (nach einigem Wirbel bis nach Bonn) durch die JUSOS abgelehnt. Das wäre doch ein interessantes „historisches Zeitdokument“ für den Monatsspiegel!

- Monika weist auf die KMV am 22.02.24 zum Thema „Frieden durch Städtepartnerschaften“ mit Tobias Ott, Referent für Städtepartnerschaften, hin und bittet um unsere rege Teilnahme. Der Referent hält ein Einführungsreferat über den Wert von Städtepartnerschaften bei Krisen und Kriegen.

- **Filmvorführungen mit IGM und AG60+**
  Filme können z. Zt. bei der IGM nicht vorgeführt werden, da dort der Raum unbrauchbar wegen eines Schwelbrandes vor ein paar Wochen ist. Monika könnte uns jedoch versuchen den Film „Rabiye Kurnaz gegen George W. Bush“ zu besorgen, und wir ihn uns im Parteibüro, oder der VHS z.B. anschauen.

- Nächster Termin: AG60+, Mittwoch, 13. März 2024, 15:00 Uhr, Erlangen, Thalermühle

- Protokoll: Renate und Monika

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN

EINLADUNG ZUM FRAUENEMPFANG

SA. 09. MÄRZ
UM 11 UHR

E-WERK
CLUBBÜHNE

EHRENGAST & HAUPTREDNERIN:
KATARINA BARLEY
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

UNSERE KANDIDATIN FÜR DIE EUROPA-WAHL AM 9. JUNI

SPD FRAUEN

Bitte um Anmeldung bis 7. März an
Martina.Haase@spd.de

V.i.S.d.P. SPD Unterbezirk Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen